

MEDIENMITTEILUNG

20. Juni 2006, Sperrfrist 14.30

Treffen der parlamentarischen Gruppe KAIRO+ zum Thema „unsafe abortion“

Jährlich sterben rund 70'000 Frauen an den Folgen eines Schwangerschaftsabbruchs. Für Millionen von Frauen vor allem in Entwicklungsländern bedeutet ein solcher Eingriff ein lebensbedrohliches Risiko, weil er medizinisch nicht fachgemäss vorgenommen wird. Die Situation hat sich durch die Politik der USA verschärft, die NGOs, welche sich mit dem Thema befassen, die Gelder gestrichen hat. IPPF ergreift die Initiative mit dem Global Safe Abortion Fund, den die internationale Organisation am Treffen der parlamentarischen Gruppe Kairo+ in Bern vorgestellt hat.

Weltweit werden jährlich 19 Millionen Frauen und Mädchen wegen mangelnder Möglichkeiten der Familienplanung und Verhütung ungewollt schwanger und gehen das lebensbedrohliche Risiko eines meist illegalen und medizinisch unfachgemäss durchgeführten Schwangerschaftsabbruchs ein. Für rund 70'000 von ihnen endet dieser Eingriff tödlich, so die Schätzungen von **IPPF (International Planned Parenthood Federation)**, welche die nationalen Dachverbände im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit von 150 Staaten vereint.

Wie **Marcel Vekemans** von IPPF London an dem von **PLANes**, der Schweizerischen Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit, organisierten parlamentarischen Treffen in Bern erklärt, beträgt damit der Anteil der Todesfälle infolge eines solchen Schwangerschaftsabbruchs 13 Prozent der jährlich weltweit 500'000 Müttersterbefälle. Betroffen sind zu 99 Prozent Frauen aus den ärmsten Ländern der Welt. Auf diesen direkten Zusammenhang von Armut und tödlichem Ausgang ungewollter Schwangerschaften weist auch der aktuelle Bericht von IPPF „**Death and Denial: Unsafe Abortion and Poverty**“ hin. IPPF und PLANes fordern die einzelnen Staaten und die internationale Gemeinschaft auf, im Namen der öffentlichen Gesundheit und der Rechte der Frau aktiv zu werden, um die vermeidbaren dramatischen Konsequenzen solcher Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern. Die Massnahmen müssen unter anderem darauf hinzielen, dass auch für Frauen in Entwicklungsländern sowohl die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln als auch der Zugang zu Informationen im Gesundheitsbereich und medizinischen Leistungen gewährleistet ist. Im Falle einer Abtreibung soll diese in einem legalen und medizinisch fachgemässen Rahmen stattfinden können. Denn wie die Realität zeigt, begrenzen Restriktionen nicht die Zahlen, sondern vergrössern das Risiko, so Vekemans.

Eine wichtige Initiative stellt der „**Global Safe Abortion Fund**“ dar, der von Grossbritannien lanciert wurde und von IPPF verwaltet wird. Der Fonds soll Organisationen finanziell unterstützen, die mit ihrer Arbeit zu einer Lösung der Problematik unfachgemäss durchgeführter Schwangerschaftsabbrüche beitragen. Insbesondere soll er auch Projekte unterstützen, die durch die sogenannte Global Gag Rule der US-Regierung behindert oder verunmöglicht werden. Durch die unter US-Präsident George W. Bush eingeführte Politik wurden ausländischen NGOs, für die Schwangerschaftsabbruch ein Thema ist, die Gelder gestrichen. Dies bedeutete für die Arbeit im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit insgesamt ein grosser Rückschritt.

Der im vergangenen Februar lancierte Fonds hat bereits Gelder in der Höhe von 9,7 Millionen \$ gesammelt. Unterstützt wird er neben Grossbritannien von den Regierungen Norwegens Schwedens und Dänemarks. Auch die Schweiz, welche IPPF finanziell unterstützt, erwägt einen Beitrag an den Global Safe Abortion Fund.

Kontakt: PLANeS, Anita Cotting, Tel. 021 661 22 34, info@plan-s.ch

→ **Parlamentarische Gruppe Kairo+**

Die parlamentarische Gruppe Kairo+ setzt sich aus Mitgliedern verschiedener Parteien des National- und Ständerates zusammen, die sich für die Umsetzung der Ziele der Internationalen Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung von Kairo einsetzen. Auch die Schweiz hatte sich dem 1994 verabschiedeten Aktionsprogramm verpflichtet, mit dem unter anderem die Lebensbedingungen der Bevölkerung verbessert werden sollen. Dies soll unter anderem durch Gleichberechtigung der Geschlechter, Bekämpfung der Armut, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, inklusive derjenigen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und der Familienplanung erreicht werden.

Die Gruppe wird im Ko-Präsidium geleitet von den Nationalrätinnen Ruth Genner (Grüne) und Geraldine Savary (SP). Das Sekretariat wird von PLANeS besorgt.

→ **PLANeS:**

Die Schweizerische Stiftung für sexuelle und reproduktive Gesundheit engagiert sich als nationaler Dachverband der Beratungsstellen für Familienplanung, Schwangerschaft, Sexualität und Sexualerziehung für die Rechte im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und dafür, dass der Zugang zu diesen Leistungen für alle gewährleistet ist. Mitglied von IPPF.

→ **IPPF**

International Planned Parenthood Federation ist eine Nicht-Regierungs-Organisation, die ein Netzwerk von 150 nationalen Organisationen sammelt, die im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit tätig sind.

→ **Marcel Vekemans**

Seit 2004 arbeitet Marcel Vekemans für IPPF. Als Arzt war er in Entwicklungsländern als Ausbildender tätig. Er ist Autor zahlreicher Publikationen zu verschiedenen Themen im Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit. Er ist Gründungsmitglied der European Contraceptive Society und Gastprofessor des medizinischen Tropeninstituts in Antwerpen und Direktor der Familienplanungs Klinik des Universitätsspitals Saint-Pierre in Brüssel.